

berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten September 2011

Halbzeit: Unsere drei grünen Bundestagsabgeordneten im Gespräch

Ein Interview

berlin report: Was hat sich für Euch geändert, seitdem Ihr im Bundestag seid?

Konstantin: Naja, vieles vom Tagesablauf bis zur Jahresplanung hat sich natürlich massiv geändert. Die Hälfte des Jahres bin ich in Berlin und muss meine Planung auf den Tagesablauf in den Sitzungswochen abstimmen. Die restliche Zeit bin ich im Wahlkreis aber auch zu vielen Terminen im ganzen Land unterwegs, weil die Innen- und Netzpolitik erfreulicherweise Themenfelder sind, die viele Menschen direkt berühren und interessieren.

Ingrid: Da kann ich Konstantin nur zustimmen. Der Tagesablauf hat sich sehr verändert. Ich hoffe, dass ich mich als Mensch nicht zu sehr verändert habe. Unsere Positionen jedenfalls haben sich nicht sehr verändert. Wir konnten die

habe den Eindruck, dass sogar Schwarz-Gelb sich ein bisschen von dem genommen hat, was wir eingebracht haben.

Valerie: Mir geht es genauso wie Euch beiden. Der Terminkalender ist voll bis oben hin. Neu ist für mich, dass ich nicht mehr Herrin über meinen Tagesablauf bin, sondern die Terminkoordination komplett an mein Büro abgegeben habe. In der sitzungsfreien Zeit war ich allerdings nicht nur im Wahlkreis unterwegs, sondern bin durch die ganze Republik gerauscht. Ich habe viele Wasser- und Schifffahrtsämter wegen der Behördenreform besucht und dabei z.B. in trocken gelegten Schleusen gestanden. Ich stimme Ingrid zu: Die Koalition hat bestimmte Sachen bei uns abgeschrieben. Wir sind ja die ersten gewesen, die bei der Priorisierung der Wasserstraßen den Finger in die Wunde gelegt haben.

Ingrid: Man muss auch aufpassen, dass man in dem ganzen Rummel seine gute Laune behält.

Valerie: Und man muss drauf achten, dass man natürlich bleibt. Man ist Bürger unter Bürgern und das sollte man sich immer

dienten Abgeordneten erlebt, dass die sich als was Besseres gefühlt haben.

berlin report: Wie erlebt ihr die Reaktionen in Schleswig-Holstein, vor allem aus den Kreisverbänden?

Konstantin: Ich bekomme sehr positive



Reaktionen im Wahlkreis und in den Kreisverbänden. Wir haben unser Wahlkreisbüro in Mölln ja neu eröffnet. Das ist eine richtig gute Anlaufstelle geworden. Überhaupt haben sich die Grünen in Schleswig-Holstein in den letzten Monaten und Jahren sehr gut entwickelt und man bekommt viel positives Feedback aus der Partei selbst, aber auch von BürgerInnen und JournalistInnen. Ursache dafür ist auch der Umstand, dass Grüne Positionen endlich Schwarz-Gelb in der Atompolitik in die Knie gezwungen haben und von drei schleswig-holsteinischen AKW zwei für immer abgeschaltet sind und eins steht kurz davor.

Ingrid: Ich erlebe den Kontakt in den Kreisverbänden als nett und natürlich. Das ist eigentlich wie immer, das ist nach Hause kommen. Manchmal muss ich da natürlich auch für Verständnis für unsere Bundespolitik werben, wie zum Beispiel

Linie, mit der wir angetreten sind, hier in der Fraktion sehr gut einbringen. Ich

wieder vergegenwärtigen. Ich habe durchaus schon im Umgang mit altge-

bei der Atomausstiegsdebatte.

Valerie: Ich werde mit direkten Informationen aus Berlin schon erwartet, wenn ich nach Hause komme. Aber nicht nur in meinem Kreisverband, sondern auch in anderen Kreisverbänden in Schleswig-Holstein. Es gibt dabei durchaus strittige Themen. Da muss man dann die entsprechenden Argumente vorbringen und das durchstehen. Insgesamt



bin ich sehr zufrieden – und ich hoffe, dass das bei den Kreisverbänden auch so ist.

berlin report: Was steht in den kommenden zwei Jahren noch an?

Ingrid: Also CCS wird auch weiterhin ein großes Thema bleiben. Auch wenn wir schon eine Menge erreicht haben. Vor allem die Bürgerinitiativen vor Ort haben es geschafft, das CCS-Gesetz aufzuschieben - und eine Massenapplication von CCS in Schleswig-Holstein vorerst zu verhindern. Der aktuelle Gesetzesentwurf schützt uns aber nicht davor, dass CCS nicht doch noch nach Schleswig-Holstein kommt. Das belegt auch ein Gutachten aus dem Bundestag. Ansonsten sehe ich riesige Chancen für Schleswig-Holstein als Land der Erneuerbaren Energien. In Berlin wird es vor allem darum gehen, beim Ausbau der Erneuerbaren Energien die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Auch der Netzausbau wird ein wichtiges Thema sein. Wir werden darauf achten, dass der Ausbau menschen- und umweltfreundlich gestaltet wird, und wir wollen den Ausbau vor Ort mit begleiten. Im Wirtschaftsausschuss ist jetzt natürlich die Finanzkrise das alles dominierende Thema. Auch hier haben wir Grüne viel anzubieten. Allerdings wird eine dauerhafte Lösung auch sehr tiefgreifende Veränderungen fordern – und entsprechend gibt es auch noch Diskussionsbedarf.

Valerie: Ich bin ja in der Fraktion zuständig für die Schifffahrt und jetzt auch Sprecherin für Bahnpolitik. Hier will ich mich dafür einsetzen, die Verkehrsnetze sinnvoll zu nutzen und auszubauen. Es kommt vor allem darauf an, nicht alles zu betonieren, wie das die Lobby gern hätte und worauf der Bundesverkehrswegeplan auch ausgerichtet ist. Wir müssen jetzt darauf hinarbeiten, in der kommenden Wahlperiode an der Regierung beteiligt zu werden und dann auch das Verkehrsministerium zu übernehmen – denn mit rund

12 Milliarden Euro hat es den größten Investitionsetat des Bundes und ist das eigentliche Klimaschutzministerium. Dafür brauchen wir vernünftige Konzepte in der Hinterhand. Wir brauchen – wie jetzt bei den Wasserstraßen geschehen – auch für die anderen Verkehrsträger eine Konzentration der Mittel. Und wir müssen uns von den einseitigen sogenannten Wirtschaftlichkeitsfaktoren für die Bewertung im Bundesverkehrswegeplan verabschieden. Wir sollten uns von lieb gewonnenen Faktoren wie der Länderquote verabschieden und in durchgängigen Netzen denken. Der Fokus sollte nicht mehr auf

und zu optimieren. Für Schleswig-Holstein steht der Fehmarnbelt im Mittelpunkt: Wenn wir den Staatsvertrag mit Dänemark nicht auflösen können, werden wir die Fehmarnbeltquerung bekommen. Dann ist Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein praktisch nicht mehr möglich. Das Geld ist dann weg.

Konstantin: Auch ich wünsche mir bessere Ergebnisse in der Debatte um den Fehmarnbelt und dass die Ausstiegsklausel tatsächlich gezogen wird. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein. Als Schleswig-Holsteiner haben wir das ja nur bedingt in der Hand, da Vertragspartner die Bundesrepublik ist, nicht das Land Schleswig-Holstein.

Im Bereich Innen- und Netzpolitik haben wir noch vieles vor in den nächsten zwei Jahren: Geplant ist u.a. ein umfassendes Konzept im Hinblick auf die Netzpolitik, die wir ja in den letzten zwei Jahren fraktions- und parteiintern erst als ganz eigenständiges Themenfeld aufgebaut haben. Dafür haben wir schon viele Bausteine gesammelt. Konkret stellt sich die Frage, wie wir den Ausbau der Netze verbinden können mit dem Ausbau der Infrastruktur, d.h. mit dem Ausbau der Glasfasernetze. Denn Versorgung mit breitbandigem Internet ist neben vielen anderen Fragen, zum Beispiel der Tourismusförderung, auch eine Frage



Neubauten liegen, sondern darauf die vorhandenen Verkehrsträger zu erhalten

der Gerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass noch immer mehr als 50 Prozent

der Gemeinden in Schleswig-Holstein keinen adäquaten Internetzugang haben. Das ist im Jahre 2011 eine nicht hin-



nehmbare Ungerechtigkeit und Benachteiligung ganzer Regionen. Wenn man die Infrastrukturmaßnahmen im Energiebereich mit der Infrastruktur der Glasfaserverkabelung verbinden kann, ist das umso besser.

Ingrid: Das ist eine schöne Idee. Das passiert schon an ein paar kleinen Stellen, aber eben nicht in der Fläche. Generell müssen wir beim Netzausbau kreativ sein und zum Beispiel durch die Verknüpfung mit anderen Infrastrukturprojekten mehr Akzeptanz vor Ort schaffen.

Valerie: Genau! Auf jede 110 kV-Leitung könnte eine Glasfaserleitung drauf. Auch die 380 kV-Leitungen sollten ein Glasfaserkabel mitführen - ich habe da Erfahrungen aus Lübeck, die sowas machen. Dort wird das für die interne Datenübertragung schon längst genutzt. Was ich nochmal geklärt haben möchte, ist die Weiterentwicklung des Energiesystems und dessen Verknüpfung mit dem Verkehrsbereich. Im Verkehr haben wir immer noch ansteigende CO₂-Emissionen. Carbon Capture and Recycling, also synthetisch erzeugtes Erdgas aus Wasserstoff und CO₂, könnte da ein Weg sein. Da müssen wir eine Lösung finden, so dass wir der Industrielobby sagen können: Wir ma-

chen ja Carbon Capture, aber nicht wie ihr das wollt zur „Rettung“ von Kohlekraftwerken, sondern wir machen damit was Vernünftiges.

Ingrid: Das Problem ist die SPD. Die glauben, dass sie mit Carbon Capture and Recycling weiter Kohlekraftwerke bauen können. Da haben sie leider völlig unrealistische Vorstellungen, welche Mengen sie recyceln können. Was wir in den nächsten Jahren brauchen, das sind vor allem erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiesparen, aber auch noch einige moderne, klimafreundliche und flexible Gaskraftwerke.

berlin-report: Man sieht, Ihr Drei habt in der zweiten Hälfte der Legislatur noch viel vor. Vielen Dank für das interessante Gespräch und viel Erfolg für Eure vielfältigen Vorhaben!



Bilder: Stefan Kaminski

Wahlkreisbüro Wilms
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553985
Telefax 04101 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de


Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-71682
Telefax 030 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de

 www.valerie-wilms.de

Wahlkreisbüros Nestle
Angelburgerstraße 66, 24937 Flensburg
Telefon 0461 505 380 13
Telefax 0461 505 380 14
ingrid.nestle@wk.bundestag.de

Jungmannstr. 50, 24105 Kiel
Telefon 0431 557 82 62
Telefax 0431 557 82 24
ingrid.nestle@wk2.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-71500
Telefax 030 227-76063
ingrid.nestle@bundestag.de

 www.ingrid-nestle.de

Wahlkreisbüro von Notz
Markstraße 8, 23879 Mölln
Telefon 04542 830700
Telefax 04542 9854886
Konstantin.notz@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72122
Telefax 030 227-76822
konstantin.notz@bundestag.de

 www.von-notz.de